

BULLETIN N°71 - Juni 2020

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN

Liebe Mitglieder,

die erste Hälfte des Jahres 2020 war geprägt von der brutalen Realität der COVID-19-Pandemie, die in ganz Europa verheerende Schäden angerichtet und Zehntausenden von Europäern das Leben gekostet hat. Die rasche Ausbreitung der Krankheit hat die Regierungen völlig überrascht und führte dazu, dass in den meisten Ländern von der Regierung mit jeweils unterschiedlicher Reaktionszeit drastische Gesundheitsschutzmaßnahmen ergriffen wurden, um die Kurve der Neuinfektionen abzuflachen. Dabei wurden Lücken und Mängel in der nationalen Gesundheitsinfrastruktur einzelner Länder, bei der Koordinierung der EU-Gesundheitspolitik und dem Lieferkettenmanagement in Branchen mit wesentlicher Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen aufgedeckt.

Eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen seit der Großen Depression in den 1930er Jahren droht über Europa hereinzubrechen. Laut einer Prognose der Internationalen Arbeitsorganisation sind nahezu 25 Millionen Arbeitsplätze in der ganzen Welt infolge des derzeitigen Wirtschaftsklimas aufgrund notwendiger Sperrmaßnahmen unmittelbar in Gefahr. Diese Maßnahmen wirken sich weltweit auf vier von fünf Beschäftigten, das heißt 2,7 Milliarden Arbeitnehmer aus, wobei die am stärksten geschädigten Wirtschaftszweige die Nahrungsmittelbranche, das Hotelgewerbe, der Groß- und Einzelhandel, Unternehmensdienstleistungen, Verwaltung und Produktion sind.¹ Gleichzeitig wächst die Sorge um die Zukunft der europäischen Landwirtschaft und der Nahrungsmittelreserven, wo sich die negativen Auswirkungen erst allmählich abzeichnen.

Die Europäische Union hat nun die einmalige Gelegenheit, ihre Führungsrolle inmitten der COVID-19-Krise zu behaupten. Wenn die EU während und nach der sozioökonomischen Krise, mit der wir konfrontiert sind, politisch konsequent handelt, wird sie die Fundamente des europäischen Aufbauwerks festigen, indem sie Solidarität und Koordinierungsstrategien in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Angesichts der sich in Europa abzeichnenden wirtschaftlichen Rezession ist es die Pflicht der Europäischen Union, die Koordinierung schneller wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen zu verstärken und dabei die Führung zu übernehmen. Andernfalls würde die EU ihre politische Legitimität dauerhaft und irreversibel schädigen, sollte sie vor mutigen Maßnahmen zurückschrecken, die gerade jetzt am dringendsten benötigt werden.

In der neusten Ausgabe des Bulletins wird man Einblicke in die wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft unter Bezugnahme auf die Pandemie geben und sich Gedanken über die

¹ <https://news.un.org/en/story/2020/04/1061322>

Bedeutung dieses Konzepts angesichts des derzeitigen Wirtschaftsabschwungs machen, da dieses Thema wegen der außergewöhnlichen Umstände auf eine ungekannte Resonanz stößt.

In seinem darin veröffentlichten Artikel legt Professor Troitiño, Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls an der Technischen Universität Tallinn, seine Ideen über den Fernunterricht während der Coronavirus-Pandemie dar, durch die die digitale Kluft zwischen bestimmten Ländern deutlich zutage trat, da einige dieser Staaten solche Möglichkeiten nur in geringerem Maße anbieten können. Daher fordert er einen gleichwertigen akademischen digitalen Raum für alle Universitäten in Europa. Professor Troitiño betont auch, wie wichtig es ist, die Digitalisierung für Bildungszwecke zu nutzen und hochwertiges Lehrmaterial in diesem Format zu erstellen. Professor Barrueco, Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls an der Universität Deusto, gibt uns ebenfalls interessante Einblicke in die Lehre mithilfe des Internets, eine neue Situation, auf die sich die Lehrkräfte jetzt einstellen müssen. Auch habe die Coronavirus-Pandemie nach seiner Meinung verdeutlicht, dass sich die Schülerinnen und Schüler umfassende digitale Fertigkeiten aneignen müssen, da sie die Arbeitskräfte von morgen sein werden.

Wie den Mitgliedern bereits bekannt ist, wurde die Jahresversammlung wegen höherer Gewalt auf den 10. September 2020 verschoben. Wir hoffen, dass sich bis dahin die Lage in der gesamten EU positiv entwickeln und wieder normalisieren wird, sodass unsere Kolleginnen und Kollegen nach Brüssel reisen können, ohne dadurch ihre Gesundheit zu gefährden.

Mit herzlichen Grüßen,

Hans-Gert Pöttering

CURRENT AFFAIRS

DER BREXIT AUS IRISCHER PERSPEKTIVE

Am 31. Januar ist das Vereinigte Königreich aus der EU ausgetreten – mehr als dreieinhalb Jahre nach dem Referendum im Vereinigten Königreich. Zu der Zeit hat der Brexit die ganze Aufmerksamkeit der Politik und der Medien auf sich gezogen, insbesondere in Irland, dem Land, das von der Austrittsentscheidung des Vereinigten Königreichs am stärksten betroffen ist.

In den Monaten seither hatten wir kaum Gelegenheit, über den Brexit nachzudenken.

Die COVID-19-Pandemie ist zu Recht ins Zentrum des Geschehens gerückt, und wir Politiker sind gefordert, das Leben und die Gesundheit der Menschen, die wir vertreten, zu schützen und gleichzeitig schwerwiegende wirtschaftliche Folgen zu bewältigen.

Die Herausforderung, eine neue Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auszuhandeln, besteht jedoch nach wie vor.

Selbst vor dem Ausbruch der Pandemie waren nur 11 Monate vorgesehen, um ein komplexes und beispielloses Abkommen auszuhandeln, durch das sich Partner voneinander entfernen sollten, statt sich weiter anzunähern.

Die Pandemie hat sich unmittelbar auf die Verhandlungen ausgewirkt. Die Chefunterhändler beider Seiten, Michel Barnier für die EU und David Frost für das Vereinigte Königreich, sind an COVID-19 erkrankt, haben sich inzwischen aber glücklicherweise erholt.

Persönliche Verhandlungen kommen in absehbarer Zukunft nicht infrage. Verhandlungen per Videokonferenz sind jetzt die Regel.

Zurzeit hat die Regierung des Vereinigten Königreichs nach wie vor nicht die Absicht, eine Verlängerung des Übergangszeitraums zu beantragen. Die Frist für einen solchen Antrag läuft Ende Juni ab.

Die Standpunkte der EU und des Vereinigten Königreichs sind in einer Reihe von Fragen immer noch weit voneinander entfernt.

In der politischen Erklärung einigten sich die EU und das Vereinigte Königreich auf eine umfassende und ehrgeizige künftige Wirtschaftspartnerschaft ohne mengenmäßige Handelsbeschränkungen: keine Zölle und keine Quoten. Angesichts dieses Ziels und der wirtschaftlichen Verflechtung der Partner sollte dies durch „kein Dumping“ untermauert werden: gleiche Wettbewerbsbedingungen, die einen fairen Wettbewerb zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gewährleisten.

Das Vereinigte Königreich ist jedoch nicht mehr der Ansicht, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen erforderlich sind, sondern lässt stattdessen verlauten, dass es souverän ist und die Freiheit hat, seine eigenen Regeln und Vorschriften zu erlassen.

Fisch ist ein weiterer entscheidender Aspekt: Bislang hat das Vereinigte Königreich diesbezüglich nicht mit der EU verhandelt, was die Fortschritte insgesamt behindert.

Eine weitere grundlegende Meinungsverschiedenheit betrifft die Struktur und Leitung der künftigen Partnerschaft. Gemäß der politischen Erklärung möchte die EU ein umfassendes Abkommen, das nicht nur wirtschaftliche Beziehungen, sondern auch Bereiche wie Sicherheit und Fischerei abdeckt. Das Vereinigte Königreich schlägt stattdessen ein Freihandelsabkommen sowie gesonderte sektorspezifische Abkommen vor.

Im Juni werden die Verhandlungsführer eine hochrangige Konferenz abhalten, um über die Fortschritte zu diskutieren.

Bei dieser Konferenz wird es nicht nur um die künftige Partnerschaft, sondern auch um die Umsetzung des Austrittsabkommens gehen.

Das Protokoll zu Irland und Nordirland war ein wichtiges Ergebnis, um die offene Grenze auf der Insel Irland aufrechtzuerhalten und den Friedensprozess zu sichern und gleichzeitig die Integrität des Binnenmarkts und der Zollunion zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung der komplexen und wichtigen Bestimmungen des Protokolls, einschließlich der Zollkontrollen und der Tiergesundheitskontrollen bei Waren, die nach Nordirland eingeführt werden, müssen Fortschritte erzielt werden. Es würde dem Vertrauen zwischen den beiden Partnern erheblich zugutekommen, wenn das Vereinigte Königreich zeigt, dass es entschlossen ist, seinen Verpflichtungen aus einem internationalen Abkommen, dem Austrittsabkommen, nachzukommen.

Im Juni wird das Europäische Parlament eine Entschließung verabschieden, in der es seinen Standpunkt zu den Verhandlungen darlegen wird. Die Durchführung ist ein zentraler Aspekt, nicht nur in Bezug auf das Protokoll, sondern auch in Bezug auf den Schutz der Bürgerrechte.

Mit der hochrangigen Konferenz und der Frist für einen Antrag auf Verlängerung des Übergangszeitraums wird der Juni ein weiterer entscheidender Zeitpunkt für den weiteren Verlauf des Brexit-Prozesses sein. Es ist zu früh, um zu spekulieren, ob diese Konferenz per Videokonferenz oder persönlich stattfinden wird. So oder so bleibt bis Juni nur noch wenig Zeit. Da jedoch aus der letzten Verhandlungsrunde nur geringe Fortschritte gemeldet wurden, müssen wir uns möglicherweise auf eine lange Wartezeit einstellen.

Mairead McGuinness

NUN IST ES ALSO EINGETRETEN...

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die EU einen Mitgliedstaat verloren.

Der Brexit ist eingetreten. Trotz mehrerer Verzögerungen. Obwohl 53 % der Wähler im Dezember bei der Wahl im Vereinigten Königreich Parteien unterstützten, die ein neues Referendum fordern (das Wahlsystem des Vereinigten Königreichs ist nicht proportional). Obwohl aus nahezu jeder Meinungsumfrage hervorgeht, dass eine Mehrheit für einen Verbleib in der EU gestimmt hätte, wenn es ein weiteres Referendum gegeben hätte. Trotz Demonstrationen, bei denen zum Teil so viele Menschen wie noch nie im Vereinigten Königreich auf die Straßen gingen. Obwohl sich jetzt herausstellt, dass der Brexit völlig anders aussieht als das, was Boris Johnson und die „Leave“-Kampagne vor vier Jahren versprochen haben, nämlich dass es einfach sein, sehr viel Geld sparen und der britischen Wirtschaft helfen würde.

Die letzten Tage und die Abstimmung über das Austrittsabkommen im Europäischen Parlament waren sehr emotional. Überall war eine tiefe Traurigkeit spürbar. Nicht nur bei den britischen Abgeordneten gab es Tränen. Abgesehen von der Minderheit der Abgeordneten, die den Brexit unterstützen, war das britische Kontingent im Europäischen Parlament aktiv, konstruktiv und einflussreich gewesen. Enge Freundschaften waren gewachsen.

Dem Anlass entsprechend hielten die Abgeordneten einander nach der Abstimmung an den Händen und sangen das traditionelle Abschiedslied *Auld Lang Syne* (auf Deutsch *Nehmt Abschied, Brüder*): Es war ein bewegender Moment, der von den Medien in alle Länder Europas getragen wurde.

Viele britische Abgeordnete hatten einen vom Labour-Abgeordneten Rory Palmer entworfenen Schal umgehängt, auf dem auf einer Seite die Worte „United in diversity, 1973-2020“ (In Vielfalt geeint, 1973–2020) und auf der anderen Seite „Always together“ (Für immer zusammen) prangten und den an einem Ende die britische und am anderen Ende die EU-Flagge schmückten.

Ein britischer Abgeordneter, Seb Dance, sagte, die Briten nähmen nur eine Auszeit und würden eines Tages zurückkehren. Viele hoffen inständig, dass sich das bewahrheiten wird.

Richard Corbett

FINANZRAHMEN 2021-2027 DER EU: ES GEHT ES UMS GANZE

Die EU ist in erster Linie ein Binnenmarkt, dessen reibungsloses Funktionieren mit dem Unionshaushalt sichergestellt wird. Dieser Haushalt darf jedoch nicht dem Haushalt einer Weltmacht gleichgesetzt werden. Das parlamentarische Verfahren unterscheidet sich vor allem dadurch, dass nicht die Mitglieder endgültig über die Finanzierung entscheiden, denn im Wesentlichen erfolgt die Einigung zwischen den Mitgliedstaaten. Damit die Ausgaben nicht in den Himmel schießen, werden alle sieben Jahre im Rahmen eines mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) Ausgabenobergrenzen festgelegt. Dieses vom Wahlzyklus und allen anderen Mandaten entkoppelte Siebenjahresformat muss im Mittelpunkt stehen, wenn es um eine Umgestaltung der EU geht. Wir stehen hierbei vor einer Stunde der Wahrheit und vor einer Chance, die nicht verpasst werden darf.

Während meiner fünf Jahre im Vorsitz des Haushaltsausschusses (BUDG) haben wir uns lange mit der Vorbereitung des MFR 2021–2027 befasst. Eine fatalistische Einstellung lag uns fern, wenngleich uns die Fehlschläge unserer Vorgänger zur Vorsicht mahnten. Daher entschieden wir uns schon bei der Konstituierung unseres Ausschusses im Juli 2014 für ein offensives Vorgehen, um auf den Umfang und den Inhalt des nächsten MFR Einfluss zu nehmen. Der Kommissionspräsident Juncker und der Haushaltskommissar Oettinger forderten einen anspruchsvollen Kurs und gaben ihn schließlich auch vor. Dazu wurden ein Weißbuch und ein Reflexionspapier mit verschiedenen Szenarien vorgelegt. Besonders hoch wurde die Messlatte

in einem Szenario mit einem Anteil von 1,2 % des BIP gelegt. Waren das etwa die ersten Regungen einer Weltmacht? In der Folge verhandelten Parlament und Kommission über ihre Standpunkte, während der Rat nicht viel von sich hören ließ.

Aufgrund der offenkundigen Untätigkeit der Regierungen der Mitgliedstaaten kam die Kommission schnell von ihren kühnen Ideen ab und beschäftigte sich vor allem mit der durch den Brexit verursachten Finanzierungslücke von rund zehn Milliarden Euro pro Jahr. Sie entschied daher, ihren Vorschlag auf das Frühjahr 2018 zu verschieben. Oettinger tat alles Erdenkliche, um den MFR vor den Wahlen im Mai 2019 zum Abschluss zu bringen. Plötzlich jedoch eilte die Sache. Da das Parlament zustimmen musste, stellten wir Bedingungen auf und nahmen am 10. Oktober eine Entschließung an, um die Kommission im Hinblick auf die anstehende Schlichtung unter Druck zu setzen. Unser Vorschlag sah 1,3 % des BIP vor, wobei die Mittel für die Kohäsionspolitik und die GAP beibehalten und die Mittel für Forschung, Solidarität, Klima und Umwelt erhöht werden sollten. Die Mittel für Erasmus+ sollten verdreifacht werden. Die aufgrund des Austritts Großbritanniens entstandene Finanzierungslücke sollte ferner durch die Abschaffung der Rabatte geschlossen werden, die bestimmten Ländern (Deutschland, Österreich, Dänemark, die Niederlande) gewährt worden waren. Am 2. Mai 2018 veröffentlichte die Kommission schließlich ihren Vorschlag, der dem Parlament jedoch eine äußerst unangenehme Überraschung bot. Das Gesamtvolumen belief sich auf 1,11 % des BIP, was einzig und allein einer kosmetischen Korrektur, d. h. der Aufnahme des Europäischen Entwicklungsfonds in den MFR (+0,03 %), geschuldet war. Da die Kommission neue Maßnahmen einleiten wollte, musste sie die Mittel für die GAP und die Kohäsionspolitik kürzen. Das Parlament war enttäuscht und holte nochmals zum Angriff aus: Im November nahm es einen Bericht mit genauen Zahlenangaben für die einzelnen Programme an.

Die Hoffnung auf eine rasche Annahme zerschlug sich jedoch im Dezember, als der Rat eine Einigung vor Herbst 2019 ablehnte. Allerdings ließen sich die Mitglieder nicht so schnell entmutigen. Die Staats- und Regierungschefs spielten auf Zeit, während ihre Vertreter hinter den Kulissen die notwendigen Vorbereitungen trafen und entsprechende Verhandlungen führten. Der Vorsitz, die Berichterstatter und die Koordinatoren des Haushaltsausschusses bildeten eine Task Force, um die sogenannten Verhandlungsboxen zu durchleuchten und dem Rat die roten Linien der Mitglieder ins Gedächtnis zu rufen. Fünf Jahre lang haben wir hart gearbeitet und uns viel zu oft lediglich mit Verfahrensabläufen und Rechtsgrundlagen beschäftigt und nicht mit der politischen Dimension. Es gab keine innovativen Visionen, keine Hierarchie der Prioritäten. Vielleicht mangelte es auch an echter Überzeugung. Alles lief auf „mehr Geld“ hinaus. Aber für welches Europa? Der finnische Ratsvorsitz verschlimmerte dann die Lage, als er im Herbst 2019 den Rat aus seinem Tiefschlaf riss. Die Obergrenze wurde in der Folge auf 1,07 % des BIP der 27 Mitgliedstaaten abgesenkt, was zu Kürzungen in allen Rubriken führte. Nur die bereits stark gebeutelte GAP und Kohäsionspolitik wurden außen vor gelassen. Die Nettozahler hielten das Volumen nach wie vor für zu hoch und forderten die Beibehaltung von 1 % des BIP, was den Befürwortern der Kohäsion zu niedrig erschien. Im Dezember beschloss die Konferenz der Präsidenten des Parlaments (Fraktionsvorsitze) die Verhandlungen über die sektorspezifischen Programme auszusetzen.

Die neue Führung von Rat und Kommission hatte mit dem grünen Deal, der digitalen Wirtschaft und einem geopolitisch agierenden Europa immense Hoffnungen geweckt, sodass der Schock war umso größer war. Zum Erstaunen der Abgeordneten hatte sich die Kommission auf die Seite des Rates gestellt, und Charles Michel legte zudem Vorschläge vor, die jenen des finnischen Ratsvorsitzes sehr nahe kamen. Man nähert sich nunmehr dem Ende

des Verfahrens. Aber darf sich das Parlament mit einem so dürftigen MFR zufriedengeben? Selbst wenn das Parlament den Vorschlag ablehnt, wäre es doch schwer, den Menschen in Europa diesen Standpunkt zu vermitteln. Es hatte nicht die erforderliche Zeit, um seine Prioritäten zu ordnen und eine Antwort auf die Frage zu finden, welche Art von Haushalt für welche Art von Europa benötigt wird. Das Parlament kann nunmehr unter Berufung auf die Bestimmungen des Vertrags mehr Zeit einfordern. Das ist eine Waffe, die es nutzen kann, um sich Anerkennung zu verschaffen und Europa voranzubringen. Diese Ausführungen machen deutlich, dass eine Illusion von Demokratie das Verfahren um den Haushalt prägt, der zudem für große Sprünge zu gering ausfällt. Nach dem Abklingen der COVID-19-Pandemie, zu deren Epizentrum Europa geworden ist, wird die Diskrepanz zwischen politischen Bekundungen und der Farce um den Haushalt nicht länger tragbar sein. Die EU bringt sich durch ihre Kurzsichtigkeit und den Verzicht auf strategische Autonomie in Misskredit. Es gilt nunmehr, die auf nationaler Ebene ineffektiv gebundenen Mittel in den EU-Haushalt zu übertragen, womit auch den mit der nationalen Souveränität verbundenen Vorrechten Rechnung getragen wird. Das infantilisierende Verfahren, das zu unnützen parlamentarischen Kämpfen führt, muss mit diesem MFR ein Ende finden. Für die EU geht es dabei um ihr Überleben.

Jean Arthuis

COVID19: ZU EINEM NEUANFANG?

Seit seinem ersten Auftreten in China im vergangenen Dezember breitet sich das neuartige Coronavirus, das die Lungenkrankheit COVID-19 auslöst, unaufhaltsam in der ganzen Welt aus und forderte bislang knapp 8 000 Todesopfer in 150 Ländern.

Europa selbst leidet seit Januar unter der Pandemie, die zunächst Italien, Frankreich, Deutschland, Spanien sehr schwer und schließlich den gesamten europäischen Kontinent betraf, auch das Vereinigte Königreich.

Eine kleine Erinnerung: Pandemien gab es in der Geschichte Europas viele, und das in Zeiten, in denen die Kommunikation noch viel komplizierter war. Der schwarzen Pest erlagen im 19. Jahrhundert 25 Millionen Menschen! Und die Älteren unter uns erinnern sich noch an die schrecklichen Folgen der Spanischen Grippe im letzten Jahrhundert.

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments im ENVI-Ausschuss (Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) haben häufig die Kommissionsmitglieder mit Zuständigkeit für Gesundheit oder den Leiter der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) davor warnen gehört, dass in der Zukunft eine Pandemie zu erwarten sei und die Frage nicht sei, ob es dazu komme, sondern vielmehr, wann es so weit sei.

Nun ist die Pandemie da und führt in Europa zu sehr unterschiedlichen Reaktionen der Mitgliedstaaten, was wiederum einen chaotischen Eindruck erweckt.

Allerdings setzte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, Anfang März eine Task Force aus mehreren Kommissionsmitgliedern ein, die die erforderlichen Maßnahmen ergreifen und die Erfordernisse in Verbindung mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) bewerten soll.

Zu dem krassen Schock für das Gesundheitswesen kam in den letzten Wochen noch ein wirtschaftlicher Schock hinzu, der durch das Phänomen der Psychose der Gesellschaft verstärkt wird, was den Teufelskreis noch verschlimmert: Krankheit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen, alles in einem teuflischen Kreislauf, dessen Ende nicht abzusehen ist, nicht zu vergessen die Rolle von gezielten Falschmeldungen oder die skeptische Haltung einiger, die immer noch glauben, die Epidemie ginge sie nichts an.

Die in China eingeführten Quarantänemaßnahmen, die Reisebeschränkungen mit sich bringen und den internationalen Verkehr beschneiden, hatten zur Folge, dass China als zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt an einem toten Punkt angelangte.

Mit einigen Wochen Verzögerung gilt jetzt in einem riesigen Teil der EU eine Ausgangssperre, was unserer Wirtschaft erheblich schadet.

Am 17. März hat der Europäische Rat in einer Videokonferenz endlich entschlossen reagiert und die Außengrenzen koordiniert für mindestens 30 Tage geschlossen, wobei Ausnahmen für Waren, Grenzgänger, Wissenschaftler und Pflegepersonal gelten.

Zum ersten Mal arbeiten Forscher auf der ganzen Welt rund um die Uhr an der Erforschung neuer Arzneimittel und eines Impfstoffs. Noch nie war eine gesundheitspolizeiliche Reaktion derart schnell. Wissenschaftler, Forscher, alle stimmen sich ab, um den Kampf gegen das Virus zu gewinnen. Es ist ein regelrechter Wettlauf gegen die Zeit. Die Europäische Kommission hat mehr als 80 Mio. EUR im Rahmen des Programms Horizont Europa freigegeben, um die Entwicklung eines Impfstoffs im deutschen Labor CureVac zu beschleunigen – in Rekordzeit, wenn man weiß, dass es mindestens ein Jahr dauert, einen Impfstoff zu entwickeln. Außerdem konnte sich Europa gegen die Versuche der USA wehren, sich die exklusiven Rechte an diesem Impfstoff zu sichern.

Einige wundern sich vielleicht, dass China Material an Italien, Spanien und nun Frankreich geschickt hat. Deshalb muss darauf hingewiesen werden, dass diese Länder und Europa mehrere Tonnen Ausrüstung und Masken an die Chinesen geschickt haben, als in China die Krise auf ihrem Höhepunkt war. Angesichts der Schwere dieser Pandemie greift nun die internationale Solidarität.

Mehr denn je zeigt sich: Wir müssen ein Europa der Gesundheit schaffen. Wenn es darum geht, den Bürger zu schützen, darf Europa nicht so abhängig von Drittländern sein: 80 % unserer Arzneimittel, Antibiotika und Impfstoffe werden in China hergestellt. Dies ist nicht hinnehmbar und gibt Anlass für Analysen und konkrete Entscheidungen, sobald die Pandemie eingedämmt wurde.

Deshalb muss die Gesundheit eine europäische Politik werden und keine Anpassungsvariable der Sozialpolitik, wie es heute der Fall ist.

Die strategische Autonomie der EU bedarf einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die untrennbar mit einer Nahrungsmittelautarkie sowie gesundheitlicher, digitaler und energetischer Unabhängigkeit verbunden ist.

Die Globalisierung und die Liberalisierung der Märkte tragen sicherlich zur Ausbreitung der Krankheit bei, verpflichten aber die wirtschaftlichen Entscheidungsträger dazu, sich zu verständigen und so optimale Antworten zu liefern. Dazu braucht es Solidarität und den Willen, eine europäische Industriepolitik einzuführen, die weniger anfällig und vor allem autonomer ist.

Die Krise an den Börsen, die Schließung unserer Unternehmen und unserer Grenzen schaden unserem Binnenmarkt, dem Schengen-Raum und unserer Wirtschaftspolitik. Das Coronavirus stellt per se eine gemeinsame Herausforderung dar. Kein Land kann sie alleine aufnehmen.

Es zeigt uns, wie die künftige Ära der „Postglobalisierung“ – um mit den Worten von Kommissionsmitglied Thierry Breton zu sprechen – aussehen soll.

Angesichts dieser Gesundheits-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise hat Europa keine Wahl: Es muss sich von Grund auf reformieren, seine Prioritäten wie etwa die Gesundheit definieren und insbesondere seine nationalen Egoismen überwinden. Das ist der Preis, den es zahlen muss, um seinen wahren Mehrwert unter Beweis zu stellen.

Françoise Grossetête

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Mit seiner EntschlieÙung vom 15. Januar 2020 hat das Europäische Parlament den Weg für die Konferenz zur Zukunft Europas geebnet.

In der hektischen und verdichteten Zeit, in der wir leben, scheint 2022 noch in weiter Ferne zu liegen. Aber das Parlament hat sich wohlweislich verpflichtet, „die Ergebnisse der Konferenz unverzüglich (...) weiterzuverfolgen“ (S. 31), sobald es konkrete Vereinbarungen trifft. Die „Schirmherrschaft“ der drei Präsidenten – des Parlaments, des Europäischen Rates und der Kommission – wird dafür sorgen, dass der ganze Prozess in Gang kommt (S. 20).

Die EntschlieÙung ist unübersehbar von dem lobenswerten Wunsch durchdrungen, die EU-Bürger durch eine aktive Beteiligung einzubeziehen, und zwar sowohl bei der Vorbereitung als auch im Laufe der Konferenz. Es ist zu erwarten, dass in einer interinstitutionellen Vereinbarung (S. 28) sowohl die Gliederung und der Zeitrahmen der Konferenz als auch die Art und Weise festgelegt werden, wie die vielen geplanten Bürgerforen die Konferenz prägen sollen.

Kurz gesagt, dieses Dokument wird die notwendigen Koordinierungsverfahren aufzeigen, damit das Parlament und die anderen EU-Organe die unerlässliche Führungsrolle übernehmen und der Gefahr einer populistischen Vernebelung und eines schleichenden Antiparlamentarismus begegnen können.

Zu den Institutionen, die „aktiv zur guten Arbeitsweise der Union“ beitragen, gehören nach dem Vertrag von Lissabon sicherlich die nationalen Parlamente (Artikel 12 EUV). Die vollständige zahlenmäßige Parität ihrer Vertretung mit der des Europäischen Parlaments ist eine Garantie dafür, dass dieses Netz gewählter Versammlungen erhalten bleibt, das vor 20 Jahren ein entscheidender Faktor beim Konvent von Nizza für die Charta der Grundrechte der Europäischen Union gewesen ist.

Es wäre in der Tat ein schwerer Fehler in der Verfassungslogik, die „kooperative“ Homogenität der parlamentarischen Komponente aufzubrechen, sie zu spalten und die nationale Komponente im Rat zu verankern, in dem die Staaten das Sagen haben.

Andererseits werden wir bei den laufenden Arbeiten, die mit der Entschließung vom 15. Januar eingeleitet wurden, sicherlich nicht die alte europäische Regel vergessen, wonach Konferenzen und Verträge immer der Endpunkt eines Aufbauwerks sind, das trotz aller Widrigkeiten stetig in Richtung einer „immer engeren Union“ voranschreitet.

Kurzum, die Konferenz hat bereits begonnen. Es ist offensichtlich, dass ihr Format und ihre Schlussfolgerungen stark von den einzelnen Maßnahmen beeinflusst werden, die die Europäische Union in den kommenden zwei Jahren ergreifen muss.

Zu der wirtschaftlichen Stagnation, der Migrationskrise und den Folgen des Brexit hat sich nun der Gesundheitsnotstand gesellt. Dies sind vier sehr ernste Herausforderungen, die außerordentliche Maßnahmen erfordern. Wir haben derzeit wirklich weder die Zeit noch den Spielraum für eine Verwaltungstätigkeit wie bisher, und noch weniger brauchen wir eine Renationalisierung der Politik. Jeder EU-Bürger kann nachvollziehen, dass wir es mit vier Problemen zu tun haben, die weit über die Grenzen und die Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen Mitgliedstaats hinausgehen.

Deshalb beginnt die „Zukunft Europas“ zu einer Zeit, in der es angesichts des Ausmaßes der Probleme nicht nur notwendig ist, eine ordnungspolitische Verpflichtung einzugehen, sondern auch neue Verfahren und institutionelle Regelungen festzulegen.

Die wichtigsten noch offenen Fragen (vom Haushalt der Eurozone bis zur Sicherung der Banken, von der gemeinsamen Überwachung der gemeinsamen Grenzen bis zur Integration der nationalen Arbeitslosenunterstützung infolge neuer Arbeitsbedingungen) müssen in einem Rahmen gelöst werden, der keinen Aufschub und keine Verschleppung mehr zulässt.

Die Geschichte Europas hängt wieder einmal von seiner Fähigkeit ab, unüberwindbar scheinende Schwierigkeiten, gemeinsam zu überwinden. Auf der Konferenz wird man aus alledem die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen.

Andrea Manzella

DER KAMPF GEGEN DEN KREBS

Geboren in Belgien, interessiert an Wissenschaft und Politik, leidenschaftlich und positiv, so würde ich mich selbst beschreiben. Ich bin auch eine Frau, Mutter und Apothekerin, eine Politikerin und eine Krebsüberlebende.

Auf letzteres möchte ich näher eingehen. Krebs ist jedem bekannt, entweder persönlich oder durch Familie und Freunde. Krebs kann ein Leben verändern, vollständig übernehmen und auch beenden. Es ist so beeindruckend, kann so destruktiv sein, kurz gesagt, ich kenne keine Periode in meinem Leben, die so viel Einfluss hatte.

Natürlich gibt es sehr wichtige und schöne Momente im Leben, die wir nie vergessen und die auch entscheidend sind, aber das sind alles schöne Momente für mich. Die Überreichung meines Apothekerdiplooms, die Wahl in meiner Gemeinde zum Präsidenten des CPAS für 12 Jahre, dann mein Einzug ins Bundesparlament und dann ins Europäische Parlament. Aber ein noch wichtigerer Moment ist die Geburt meiner 3 Kinder und die Erlaubnis, Mutter zu werden... und doch hat der Krebs einen noch größeren Einfluss auf mich gehabt.

Im Mai 2016 wurde Philippe De Backer, damals Europaabgeordneter, belgischer Staatssekretär und musste das Europäische Parlament verlassen. Ich war sein Stellvertreter und trat damit in das EP ein. Ich habe seine Ausschüsse (Econ und Itre) übernommen und konnte die interessanteste Arbeit meiner gesamten Karriere leisten. Ich habe mich auch für Krebspatienten engagiert. Einst selbst Patient, arbeitete ich 30 Jahre lang als Apotheker im Gesundheitswesen und jetzt in der Politik: Ich musste diese Erfahrungen zum Wohle aller Krebspatienten zusammenbringen.

In der vorangegangenen Legislaturperiode wurden die Grundlagen für die jetzige gelegt. Die parlamentarische Arbeit einer Reihe von Abgeordneten hat die Betonung und die Notwendigkeit eines europäischen Ansatzes für einen Krebsplan in Frage gestellt. Jeder Krebspatient in Europa hat Anspruch auf die beste Prävention, Behandlung und Pflege. Dies kann nur durch die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Krankenhäusern, der Industrie und den Mitgliedstaaten erreicht werden. Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden. Das Ziel muss es sein, "die beste Praxis" auszutauschen, sich gegenseitig intelligenter zu machen und sicherzustellen, dass alle Bewohner die gleiche gute und angemessene Versorgung erhalten. Wenn wir ein starkes Europa wollen, müssen wir dafür sorgen, dass alle unsere Einwohner stark sind und in schwierigen Momenten die beste Behandlung erhalten. Zuerst müssen wir sicherstellen, dass die Prävention in allen Mitgliedstaaten weiterentwickelt und umgesetzt wird. Die Motivation der Einwohner zur Prävention ist eine staatliche Aufgabe. Es ist immer noch besser, das zu verhindern!

Darüber hinaus kann die beste Versorgung nur von den besten Zentren geleistet werden, in denen die besten Spezialisten sind. Die Konzentration der spezialisierten Versorgung führt zu besseren Ergebnissen und rettet damit Leben.

Eine adäquate Prävention sorgt dafür, dass Krebserkrankungen schneller erkannt werden. Die Behandlung eines Krebses im Frühstadium erfordert weniger finanzielle Mittel als die eines Krebses im fortgeschrittenen Stadium. Die Behandlung ist auch weniger invasiv für den Patienten, sowohl physisch als auch psychisch. Die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt erfolgt natürlich viel schneller und sorgt dafür, dass die finanziellen Auswirkungen sehr viel begrenzter sind. Diese Auswirkungen gelten nicht nur für den Patienten, sondern auch für die Gesellschaft.

Ein guter Europäischer Krebsplan und eine gute Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, bei der der Patient immer im Mittelpunkt steht, sollten zu einer besseren Vorbeugung, Behandlung und Pflege für alle Europäer führen.

Ein starker Europäischer Krebsplan wird dafür sorgen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in der EU sicher fühlen, und ich denke, darum geht es.

Lieve Wierinck

GEGEN DIE ALS NORMAL GELTENDE VEREHRUNG DER FRAU

In einigen Tagen wird der Internationale Frauentag gefeiert: mit den selbstverständlich gewordenen Feierlichkeiten, einer formellen Verherrlichung und dem weiblichen Geschlecht, das sich selbst dermaßen übermäßig in den Vordergrund stellt, wie es nur oberflächliche und unreife Menschen befriedigt.

Die Ermordungen (die mit dem hässlichen Begriff „Frauenmorde“ bezeichnet werden, um darauf hinzuweisen, dass sie geschlechtsbezogen sind), die Ausbeutung, die Ausgrenzung, auch in geschlechtsneutralen Bereichen und Sektoren ohne jegliche geschlechtsbezogenen Aspekte, und die unterschiedliche zahlenmäßige Vertretung in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilgesellschaft zum Nachteil der Frauen sind nicht nur die Symptome, sondern auch die Auswirkungen einer Kultur, die über Geschlechterfragen hinwegtäuscht: Sie stirbt nur langsam aus, auch wenn schon seit langem nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wissenschaftlich bewiesen ist, dass die besonderen Merkmale von Frauen per se kein Handicap darstellen, sondern vielmehr in vielerlei Hinsicht einen Vorteil, der die allgemeine gesellschaftliche Lage psychologisch und soziologisch verbessert.

Die Unterschiede zwischen allen menschlichen Wesen waren der Motor der Evolution: Sie führten zu Vergleich, Nachahmung, dem Streben nach einer „besseren“ Art zu leben, bis es schließlich ein Zeichen für Lebensqualität wie das heutige gab – unvorstellbar aus der Sicht aller bisherigen Epochen und Generationen. Umso mehr muss man dem weiblichen Geschlecht seit der Schöpfung der Welt zuschreiben, dass sich die Frau ausschließlich in Bereichen des Lebens eingesetzt hat, durch ihre Präsenz die gesellschaftlichen Beziehungen geschmiedet und eine Gesellschaftsstruktur festgelegt hat, in der positive ethische und ästhetische Bezugswerte zum symbolischen Anhaltspunkt wurden, wenn es galt, die eigenen Umstände aufzuwerten.

In Religion und Philosophie gilt die Frau seit jeher als Ausdruck des familiären und gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Mann als individueller Ausdruck der Herrschaft und Macht. Religion und Philosophie inspirieren das gesellschaftliche Denken auch bis heute, waren aber bislang nicht in der Lage, das Konzept der Vorrangstellung der Macht vor dem Denken zu überwinden, das der eigentliche Motor der gesellschaftlichen Entwicklung ist.

Es gilt, die Wirksamkeit der Normen zu überdenken, die mit dem Ziel einer „echten Gleichstellung“ der Geschlechter geschaffen wurden. Zwar kommt es noch häufig zu Ausgrenzung, Unterbewertung und zahlenmäßiger Unterlegenheit, doch liegt offensichtlich noch ein sehr langer und unwegsamer Weg vor uns.

Wir sollten vielleicht bei den Wahlsystemen beginnen und keine Mindestquoten für Frauen vorsehen, sondern getrennte Listen für Männer und Frauen im Verhältnis zur Bevölkerung, die nach dem Geschlecht unterschieden werden, und das auf allen Ebenen, von den Kommunen bis hin zum Parlament. Jede politische Macht sollte Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten vorlegen, und bei den Gewählten wäre das Verhältnis der Stimmen entscheidend, die sie von den einzelnen Geschlechterlisten erhalten haben. So würde der Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen direkt an der Quelle geschützt: bei den Kandidaturen und der Wahl, und nicht erst später bei den Organen der EU.

Solange keine stringenten Normen gelten, kann es keine echte Gleichstellung der Geschlechter geben. Deshalb gilt es, bei den Organen der EU zu beginnen, denn sie sind der perfekte Spiegel einer Gesellschaft, als Ursprung und Einführung einer revolutionären Denkweise, die sicherstellt, dass der Intellekt über die Gewalt siegt, ohne dass diese Bekräftigung eine Bekräftigung des „Eliteprinzips“ oder Konsequenz daraus sein soll, sondern lediglich eine Entscheidung für den Vergleich, den Dialog, die Synthese als Möglichkeit des bürgerlichen Zusammenlebens von Menschen, die immer gleichwertig behandelt werden.

Vitaliano Gemelli

DIE WAHRHEIT ZU KENNEN IST EIN MENSCHENRECHT

Erzwungenes Verschwindenlassen - ein Thema für die EU?

Wenn die Menschen heute den Begriff "erzwungenes Verschwindenlassen" hören, denken sie immer noch zuerst an vergangene Verbrechen in den Militärdiktaturen Lateinamerikas. Diese schwere Menschenrechtsverletzung ist jedoch in vielen Teilen der Welt immer noch an der Tagesordnung. Es kann Monate oder Jahre dauern, bis die Menschen herausfinden, was mit ihren vermissten Angehörigen geschehen ist, ob sie überhaupt noch am Leben sind und wer für das an ihnen begangene Verbrechen verantwortlich ist. Die finanziellen Auswirkungen auf die Familien sind oft schwerwiegend, und die überlebenden Angehörigen geraten häufig unter Druck und sehen sich Bedrohungen oder Schlimmerem ausgesetzt. Es sind in der Regel Frauen, die die Suche nach vermissten Familienmitgliedern und den Kampf um die Wahrheit und Entschädigung anführen.

Im Juli 2019, nach 10 Jahren im Amt, habe ich meine Arbeit als Mitglied des Europäischen Parlaments gegen einen Sitz im UN-Ausschuss für das Verschwindenlassen (CED) eingetauscht. Es gibt einige Ähnlichkeiten zwischen den beiden Rollen. Ich wurde in beide gewählt - zum ersten Mal von den Wählern in Deutschland, diesmal von den Staaten, die dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (ICPPED) angehören. In beiden Funktionen war und ist der Schutz der Menschenrechte eine Priorität: Als Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses für Menschenrechte (DROI) untersuchte ich viele Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt und nutzte alle Möglichkeiten, die das EP zur Verbesserung der Menschenrechtssituation bot. Als Mitglied der CED beschäftige ich mich nach wie vor mit spezifischen Beschwerden und Prävention, wobei ich mich auf eine besonders brutale Art von

Menschenrechtsverletzungen konzentriere, das Verschwindenlassen. Und wenn ich die EU aus beiden Blickwinkeln betrachte, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie mehr zur Bekämpfung schwerer Menschenrechtsverletzungen tun sollte.

Aber es gibt auch viele Unterschiede: 751 Europaabgeordnete hier, 10 Ausschussmitglieder dort. Ich wurde für meine Arbeit im Europäischen Parlament bezahlt. Meine Arbeit in der ZAD ist hingegen freiwillig, und das Menschenrechtsbudget der UNO ist so beschämend klein, dass der Ausschuss, um nur ein Beispiel zu nennen, nur vier der fünf geplanten Sitzungswochen pro Jahr abhalten kann. Das Europäische Parlament ist in der ganzen Welt bekannt. Erwähnen Sie den Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, auch in der EU, und die Antwort wird höchstwahrscheinlich ein verwirrter Blick sein.

Warum gibt es dieses Gremium, und was genau tut es? Die KED ist einer der 10 so genannten Vertragsausschüsse, die die Einhaltung der wichtigsten UN-Menschenrechtsverträge überwachen. Wir unabhängigen Experten behalten die Anwendung des ICPPED, das bisher von 62 Ländern ratifiziert wurde, im Auge, diskutieren Länderberichte, prüfen und entscheiden über individuelle Beschwerden und geben Empfehlungen zur Suche nach verschwundenen Personen ab. Darüber hinaus können Angehörige "Sofortmaßnahmen" beantragen, um ihnen bei der Suche nach einer solchen Person zu helfen. Der Ausschuss fordert den betreffenden Vertragsstaat auf, Informationen bereitzustellen oder konkrete Schritte zu unternehmen, um den Aufenthaltsort der betreffenden Person zu ermitteln. Bisher hat der Ausschuss fast 900 Anträge auf "Sofortmaßnahmen" behandelt; die meisten der jüngsten Anträge kamen aus dem Irak und Mexiko. Auch wenn nur sehr wenige Verschwundene entweder tot oder lebendig aufgefunden werden, vermittelt unsere Arbeit den betroffenen Staaten und den Familienangehörigen, die Anträge stellen, die wichtige Botschaft, dass die Menschenrechte nicht ungestraft verletzt werden können.

Die EU kann und muss entschlossene Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Fälle von erzwungenem Verschwindenlassen gelöst werden, dass die Verantwortlichen bestraft, die Angehörigen entschädigt und Menschenrechtsaktivisten in ihrem Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützt werden. Im Dezember 2020 wird die ICPPED 10 Jahre alt sein, ein guter Grund, sich für mehr Unterstützung einzusetzen. Bislang haben jedoch nur 12 EU-Mitgliedstaaten die Konvention ratifiziert, obwohl 13 weitere sie zumindest unterzeichnet haben. Wenn die EU-Menschenrechtspolitik glaubwürdig und überzeugend sein soll, müssen dringend mehr Mitgliedstaaten die Konvention ratifizieren.

Barbara Lochbihler

MEIN WERDEGANG

Als ich vor mehr als drei Jahren als kroatisches Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied der Arbeitsgruppe für den Jakobsweg auf der Konferenz in Santiago de Compostela die Kathedrale des Heiligen Jakob in Šibenik und die St.-Jakobus-Pfarrei von Međugorje vorstellte, wusste ich, dass ich eines Tages zum Jakobsweg zurückkehren würde. Wegen meiner ständigen Reisen und Verpflichtungen, die ich als Mitglied des Europäischen Parlaments hatte, mit seinen bis zu 14 Arbeitsstunden am Tag, gelang es mir nicht, mir einen Monat für diese Reise freizuhalten, und ich hatte auch keine Zeit, mich körperlich darauf vorzubereiten.

Aber nach und nach wurde mir bewusst, dass meine Seele für den *Camino* bereit war und dass es Zeit ist, aufzubrechen. Ich musste mir die nötige Ausrüstung besorgen; dazu

gehörten sicherlich gute Wanderschuhe, luftige Kleidung, die schnell trocknet, und natürlich ein Rucksack, der alles, was man unterwegs braucht, fassen muss und dessen Gewicht nicht mehr als zehn Prozent des Körpergewichts betragen sollte.

Ich machte mich mit drei Freunden auf die 900 Kilometer lange Reise. Wir vereinbarten, dass wir unseren *Camino* schweigend zurücklegen würden, wobei wir uns für die Nordroute entlang des Atlantischen Ozeans entschieden, die voller anspruchsvoller Streckenabschnitte ist, auf denen man ständig auf- und absteigen muss.

Die Menschen entscheiden sich aus verschiedenen Gründen, den Jakobsweg zu gehen. Ich lief ihn, um den Willen Gottes in Bezug auf mein Leben zu erfahren, und deshalb war ich bereit, wenn nötig, bis ans Ende der Welt zu gehen. Als ich dann die wunderschöne Natur durchstreifte, die mich jeden Tag aufs Neue verückte, spürte ich Sonne, Wind und Regen auf meiner Haut, die sich mit einer solchen Dynamik abwechselten, dass sie mich an die vollkommene Einfachheit und Weisheit der Natur erinnerten. Dabei spürte ich die Nähe Gottes und mir wurde bewusst, dass er immer hier an meiner Seite und in diesem Augenblick präsent ist, und dass ich außerhalb dieses Moments nicht nach ihm schauen muss.

Abgesehen von den Segnungen, die ich jeden Tag auf dem *Camino* erhalten habe, ist eine solche Reise sehr anstrengend, und es treten Schwierigkeiten auf, wie zum Beispiel, dass man über 30 Kilometer am Stück läuft, ohne dass ein Laden in Sicht kommt. Einmal hatte ich kein Wasser mehr, es war sehr heiß, und ich bekam Blasen an den Füßen, nachdem ich stundenlang im Regen gelaufen war. Aber man vergisst das alles irgendwie, und am nächsten Tag setzt man die Wanderung fort, bis man auf das nächste Hindernis stößt, das einem zu schaffen macht und das man überwinden muss, denn was einen bewegt, ist die Kraft des Heiligen Geistes, und wenn man nicht aufgeben will, muss der Wille wirklich stark sein.

Nach 29 Tagen, 900 Kilometern und 1,3 Millionen Schritten kam ich schließlich in Santiago de Compostela, am Grab des Heiligen Jakobus, des Pilgers und des Märtyrers, an, wo ich den heiligen Frieden spürte. Wenngleich ein wenig wehmütig, weil die Reise zu Ende ging, wurde mir bewusst, dass zwar ein Weg endet, ein anderer jedoch wieder beginnt – der *Camino* des Lebens – auf dem wir uns die Zeit nehmen müssen, die Schöpferkraft Gottes zu bewundern und ihm dafür zu danken, dass er den Weg mit uns gegangen ist und dass er uns trägt, auch wenn wir uns dessen nicht bewusst sind.

Marijana Petir

DAS WARUM HINTER DEM EU PROJEKT - IM HAUS DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE ERKLÄRT

Von Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments 2007-2009

Dr. Miguel Angel Martínez, MdEP 1999-2014, Vizepräsident des Europäischen Parlaments 2009-2014.

Im Jahr 2007 schlug ich in meiner Antrittsrede als Präsident des Europäischen Parlaments vor, ein Projekt in Angriff zu nehmen, das wir heute als Haus der Europäischen Geschichte kennen. Meine Sorge war, dass es immer weniger Zeitzeugen gab, die die Tragödien des 20. Jahrhunderts selbst erfahren und sich daraufhin für den Aufbau der Europäischen

Gemeinschaften eingesetzt haben. Die Rechte, für die in ganz Europa so hart gekämpft wurde, werden zunehmend als Selbstverständlichkeit angesehen. Deswegen schien es mir erforderlich, den Prozess des Zusammenwachsens Europas umfassend darzustellen und die wichtigsten historischen Entwicklungslinien sowie ihre Ursachen und Auswirkungen darzulegen. Ich wollte, dass auch die kommenden Generationen verstehen, wie und warum die Europäische Union von heute entstanden ist.

Dies war ein sehr ehrgeiziges Ziel. Zum Glück wurde ich von Kollegen wie Miguel Angel Martínez Martínez äußerst engagiert unterstützt. Er verstand, dass es nötig war, die europäischen Bürger zu aktivieren und ihnen nützliches Wissen über den europäischen Einigungsprozess an die Hand zu geben. Er ergriff bei vielen Gelegenheiten das Wort, auch anlässlich der Diskussionen im Präsidium, trat Bedenken entgegen und vermittelte. Sein Credo lautete: „Museen können uns zeigen, wie wir früher gelebt haben und wie sich unser Leben verändert hat. Sie können dabei ganz verschiedene Aspekte hervorheben, wie etwa Kultur, Politik, Solidarität oder soziale Gerechtigkeit.“ Wir leiteten gemeinsam das Kuratorium und sahen uns dabei den vielen praktischen und politischen Herausforderungen gegenüber, die unausweichlich sind, wenn man ein Museum neu errichten will und dabei ein völlig neuartiges Konzept vor Augen hat.

Zehn Jahre später öffnete das Haus der Europäischen Geschichte seine Türen, ein einzigartiges Museum, in dem die Geschichte eines ganzen Kontinents in einem Gebäude dargestellt wird. In der Dauerausstellung werden die wichtigsten historischen Entwicklungslinien im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts sowie die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses in für alle Besucher verständlicher Weise dargestellt. Sitz des Museums ist ein beeindruckendes Art-Déco-Gebäude im Parc Léopold im Herzen des Brüsseler Europaviertels.

Indem es uns die schmerzliche Reise unseres Kontinents durch Kriege, Konflikte und Krisen vor Augen führt, macht das Museum deutlich, wie wichtig der Dialog zwischen Staaten und Völkern und ihre friedliche Zusammenarbeit sind. Die Dauerausstellung ist den Besuchern mit Hilfe von Multimedia-Tablets und auf die jeweilige Gruppe zugeschnittenen [allgemeinen](#) und [Sonderführungen](#) in 24 Sprachen zugänglich. Für [Familien](#) sind eigene Besichtigungspfade und Entdeckungsbereiche vorgesehen und ein faszinierendes [Veranstaltungsprogramm](#) bietet Gelegenheit zu Diskussion über die Ausstellungsthemen.

Lernangebote für künftige Entscheidungsträger

Uns wurde sehr schnell klar, dass wir Pädagogen einbeziehen müssen, um die Inhalte des Museums zugänglich zu machen und dabei die nationalen Lehrpläne zu berücksichtigen. Es gibt Lernaktivitäten und Workshops zur europäischen Geschichte, an denen man im Museum oder online teilnehmen kann. Sie befassen sich mit fünf aktuellen Themen: Migration, Konflikte, Kommunikationstechnologien, Menschenrechte und Identität.

Diese Inhalte sind insbesondere für künftige Entscheidungsträger und politische Akteure von Bedeutung, da sie den Blick auf die Geschichte unseres Kontinents und der EU erweitern und die in den Schulen unterrichtete Geschichte der Nationalstaaten ergänzen.

Eine Sammlung für künftige Generationen

Als Museum, das sich auf die neuzeitliche Geschichte Europas konzentriert, sammelt das Haus der Europäischen Geschichte für zukünftige Generationen Objekte, die sich auf bedeutende Momente in der Geschichte Europas und der EU beziehen, und macht sie allen Bürgerinnen und Bürgern Europas zugänglich.

So bemüht sich das Museum etwa in Bezug auf den Brexit darum, Objekte aus persönlichem oder öffentlichem Besitz und Materialien zu Protestaktionen zu erhalten, die alle Aspekte der Debatte wiedergeben, zum Beispiel Poster, Figuren, Programme mit Unterschriften, originale Redemanuskripte mit handgeschriebenen Kommentaren und Souvenirs. Wer einen Beitrag zu dieser Sammlung leisten möchte, kann das [Kuratorenteam des Museums](#) zu möglichen Spenden kontaktieren.

Wie geht es weiter?

Die Geschichte ist nicht nur eine Angelegenheit der Vergangenheit. Sie beeinflusst unser Alltagsleben heute und die Zukunft, die wir uns gemeinsam erschaffen. Deswegen möchte ich auf die Wechselausstellung hinweisen, die im Juni 2020 eröffnet wird und den Titel trägt „Fake for Real. Eine Geschichte der Fälschungen“. Von dem antiken Brauch, die Namen bestimmter Personen aus der Geschichtsschreibung zu löschen („Damnatio memoriae“), über Betrugsfälle in Wissenschaft, Geschichte und Kunst bis hin zu gefälschten Markenprodukten und aktuelle Falschmeldungen – in der Ausstellung erwartet Sie eine Vielfalt von Objekten aus renommierten Museen in 20 europäischen Ländern.

Zusammenfassend sei gesagt, dass das Haus der Europäischen Geschichte den Hintergrund der Arbeit des Europäischen Parlaments sichtbar macht - das „Warum“, das hinter dem EU-Projekt steht. Es spiegelt die Zusammenarbeit zwischen Nationen und Völkern wider und stellt den Weg zu friedlicher Einheit dar, die das Parlament heute für die Bürger Europas erreichen möchte. Es ist ein Sinnbild dafür, wie europäische Ideen und Visionen verwirklicht werden können. Ich lade Sie herzlich zu einem Besuch des Museums ein und dazu, das Haus der Europäischen Geschichte dabei zu unterstützen, seinen festen Platz in der kulturellen Landschaft Europas einzunehmen.

Constanze Itzel, Referatsleiter, Haus der Europäischen Geschichte, DG COMM

FOCUS

DEN WEG IN DIE ZUKUNFT BESCHLEUNIGEN

Wir gehen gerade durch eine der schwersten Krisen unserer Zeit. Die wirtschaftlichen Folgen werden verheerend sein und wir werden Europa wieder aufbauen müssen. Deshalb müssen wir aus der Vergangenheit lernen und handeln. Die Finanzkrise hat uns zwei Dinge gelehrt:

Schnelligkeit und Umfang sind entscheidend. Die gute Nachricht ist, dass die Organe der Union vier Jahre brauchten, um in der Finanzkrise zügig und umfassend zu handeln – schließlich hatte Mario Draghi erst am 26. Juli 2012 seine Zusicherung gegeben, „alles zu tun, was notwendig ist“. Dieses Mal war es anders. Die EU konnte viel schneller reagieren, aber noch wissen wir nicht, welchen Umfang die Maßnahmen haben werden. Die Kommission hat jetzt die einmalige Chance, entschlossener und ehrgeiziger zu sein als je zuvor.

Doch auch über den wirtschaftlichen Schock hinaus müssen wir uns jetzt Gedanken über die Zukunft machen. Nach meiner Überzeugung birgt diese Krise die Chance, unseren Weg in die Zukunft zu beschleunigen. Wie wir alle wissen, hat sich die EU durch Krisen und Spannungen stets weiterentwickelt. Die aktuelle Krise hat drei Spannungsfelder offenbart, die die Entwicklung unserer gemeinsamen Zukunft zum Besseren voranbringen können:

So zeigt sich erstens die Spannung zwischen der physischen und der digitalen Welt. Seit 20 Jahren sprechen wir über die Digitalisierung der Bildung und des Gesundheitswesens, doch konnten wir diesen Paradigmenwechsel wegen des Widerstands der etablierten Akteure nie vollziehen. Nun ist uns mit Online-Unterricht vom Kindergarten bis zur Hochschule innerhalb weniger Wochen ein Fortschritt um Jahrzehnte gelungen. Krankenhäuser waren in der Lage, Telemedizin und Online-Beratungsdienste anzubieten, was noch vor wenigen Monaten undenkbar schien. Europa hat jetzt also die Chance, den digitalen Wandel zu beschleunigen.

Die zweite Spannung liegt zwischen den Mitgliedstaaten und der supranationalen Ebene – eine typische Problematik, die schon seit den Anfängen des europäischen Projekts besteht. Allerdings hat diese Krise mehr als jede andere zuvor die Grenzen der Mitgliedstaaten als Problemlöser offenbart. Bisher war die Gesundheitspolitik ein Vorrecht der Mitgliedstaaten. Wir müssen uns jedoch fragen, ob das im Falle einer Pandemie sinnvoll ist. Sollte die Koordinierung nicht besser auf Unionsebene liegen? Ich denke, die Antwort ist klar. Hätte die Koordinierung von Anfang an auf EU-Ebene stattgefunden, wären die Ergebnisse besser gewesen. Wir sollten also diese Gelegenheit nutzen und neu darüber nachdenken, inwieweit wir eine EU-weite Koordinierung auch in solch wichtigen Bereichen sicherstellen können, wenn keine Befugnisse auf die EU-Ebene übertragen wurden.

Drittens besteht eine Spannung zwischen staatlicher Kontrolle und mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Hierin sehe ich die größte Herausforderung für unsere Demokratien. Der in jeder Volkswirtschaft ausgerufenen Ausnahmezustand geht mit einer enormen Machtübertragung an die Exekutive einher. In Zukunft haben wir also die Wahl, ob wir den Staat oder die Menschen stärken wollen. Die Europäische Union kann an der Spitze derjenigen stehen, die an die zweite Option glauben, und in diesem Sinne ihren Einfluss in der Welt geltend machen. Unsere Entscheidungen in den Bereichen künstliche Intelligenz und Daten sollten weltweit zum Standard für die Stärkung der Rolle der Menschen werden.

Mit den richtigen politischen Entscheidungen in diesen drei Bereichen können wir den Weg in die Zukunft beschleunigen, für die wir als Pro-Europäer gekämpft haben. Ich bin überzeugt, dass uns das gelingen kann.

Carlos Moedas
Ehemaliges Mitglied der Kommission

UNGLEICHHEITEN UND SOZIALER SCHUTZ IN DER EU ALS EINER WETTBEWERBSFÄHIGEN SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Das neuartige Coronavirus ist eine Münze mit zwei Seiten. Auf der einen Seite ist es unterschiedslos ansteckend und hat vom Königshaus bis zu den internationalen Führungsetagen der Politik alle infiziert. Räumliche Distanzierung ist indes eine privilegierte Praxis. Aus Daten, die zur Verbreitung von COVID-19 zusammengetragen wurden, geht hervor, dass es bei der Ansteckungsrate Unterschiede zwischen Arbeitnehmern mit geringem Einkommen und Personen am anderen Ende der Einkommensskala gibt.

Während es für Letztere relativ einfach ist, von zuhause aus zu arbeiten und sich in Isolation zu begeben, handelt es sich bei Ersteren um Arbeitnehmer, die derzeit Regale auffüllen, öffentliche Verkehrsmittel fahren und den Müll abholen. Eine Selbstisolation dieser Menschen würde nicht nur das grundlegende Funktionieren unserer Städte beeinträchtigen, sondern auf persönlicher Ebene die Existenzgrundlage dieser Menschen gefährden.

Soziale Ungleichheit abzubauen ist seit jeher eine Priorität des Europäischen Parlaments. Diese Ungleichheit tritt derzeit ganz deutlich zutage, was uns daran erinnern soll, dass auch dann, wenn wir diese Krise überwunden haben werden, auf dem Weg zurück zur Normalität der soziale Schutz nicht auf der Strecke bleiben sollte.

Die Pandemie ist *per definitionem* eine Krise; das bedeutet, die Politik kann nicht mit langfristigen Maßnahmen auf Probleme reagieren, die sich nur während der Krise stellen. Angesichts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Turbulenzen hat das Parlament die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass während der wirtschaftlichen Erholung niemand ins Hintertreffen gerät.

Die Gesetze, die die EU vor der Krise erlassen hat, werden auch für die Zukunft weiterhin relevant sein, und die Wahrung des sozialen Schutzes und der Abbau von Ungleichheiten müssen im Rahmen eines sozialen Europas nach wie vor höchste Priorität haben. Die Konsolidierung Europas als wettbewerbsfähiger Wirtschaftsakteur auf dem globalen Markt sollte nicht auf dem Rücken eines sozialen Europas ausgetragen werden, dem das Wohlergehen und der Lebensstil seiner Bürger am Herzen liegen. Eine gesunde Erwerbsbevölkerung bringt nicht weniger, sondern mehr Produktivität, und wenn wir darauf hinarbeiten, unsere Ziele in einem Bereich zu erreichen, leisten wir damit unfehlbar auch einen Beitrag dazu, dass auch in einem anderen Bereich Fortschritte erzielt werden.

Es ist erst ein knappes Jahr her, scheint indes aus einer anderen Ära zu stammen, dass die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – die ich mit Hilfe der unschätzbaren Unterstützung durch Kommissionsmitglied Marianne Thyssen initiiert habe – durch die Unterschrift des damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Tajani, zu Gesetz wurde. Diese Richtlinie versinnbildlicht die Bemühungen der europäischen Einrichtungen, in ihre Bürger zu investieren, sie dabei jedoch nicht als Räder in einer Wirtschaftsmaschine, sondern als Familienmitglieder und als europäische Mitglieder ihrer Gemeinschaft zu betrachten.

Spätestens 2022 wird es als unmittelbares Ergebnis dieser Richtlinie Mindeststandards geben, die eine bessere Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben ermöglichen. Damit ist nicht nur Familien, sondern auch den Unternehmen geholfen. Indem Väter die Möglichkeit erhalten, sich an der Erziehung ihrer Kinder zu beteiligen, profitieren auch Frauen.

Das nach wie vor bestehende Lohngefälle ist Ausdruck sozialer Ungleichheit, von der nicht nur die Löhne und Gehälter, sondern auch die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Renten und Pensionen von Frauen in ganz Europa betroffen sind. In Ländern wie Malta, meinem Heimatland, sind es in der Regel die Frauen, die sich in erster Linie um Haushalt und Familie kümmern, auch wenn sie eine Universitätsausbildung haben. Wenn bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben geschaffen werden, werden kompetente Frauen in der Folge in die Arbeitswelt integriert werden.

Derartige Garantien sind wichtige Schritte im bevorstehenden Kampf, damit Europa nach dieser Pandemie wieder auf die Beine kommt. Es ist zu hoffen, dass Sektoren, in denen Beschäftigte entlassen werden mussten, über kurz oder lang erneut wachsen werden. Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die zurzeit in Europa herrscht, dürfen Maßnahmen zum sozialen Schutz nicht zu kurz kommen. Alles andere wäre ein Verrat an den Fortschritten, die von so vielen hart erarbeitet worden sind. In den kommenden Monaten werden wir unter Beweis stellen müssen, was es heißt, Europäer zu sein.

David Casa, Quästor, Mitglied des Europäischen Parlaments

BESCHÄFTIGUNG UND MITTELSTAND IN EUROPA

Freiheit, Wohlstand, Solidarität und soziale Gerechtigkeit lassen sich in einer Gesellschaft am leichtesten mit einem starken Mittelstand erreichen. In letzter Zeit ist der Mittelstand in Europa zunehmend besorgniserregend fragil geworden. In diesem Zusammenhang ist es daher von Nutzen, zu verstehen, welche Ursachen hinter diesem Phänomen stecken und wie dieser Trend umgekehrt werden kann.

Zunächst gehen wir den Ursachen auf den Grund. Das dominierende Merkmal unserer Zeit ist das hohe Tempo, in dem sich der Wandel vollzieht. Dies konnte bisher noch in keiner anderen Epoche der Weltgeschichte beobachtet werden. Es führt zu weitreichenden Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Politik, die Kultur, die Gesellschaft und natürlich auf die Beschäftigung und die Art und Weise, wie die Unternehmen und das Leben der Arbeitnehmer strukturiert sind.

Die Unternehmen sind immer weniger vertikal organisiert. Zeitarbeit ist immer üblicher geworden. Die Unternehmen sind dazu übergegangen, mehr Selbständige und für kürzere Zeiträume einzustellen. Die in der Wirtschaft am meisten nachgefragten Fähigkeiten sind in hohem Maße fachliche, koordinative und nicht routinemäßige Fähigkeiten.

Wir sind Zeugen eines gewaltigen Wandels in der Art und Weise der Wertschöpfung, in der Öffnung der Märkte, in neuen Formen des Handels, in Technologien, mit denen die Wirtschaftstätigkeiten vorangetrieben werden, und in der Umwandlung der Erzeugungstätigkeiten in Dienstleistungen – Faktoren, die die Arbeitsbeziehungen und die sozialen Strukturen stark beeinflusst haben.

Daraus folgt, dass das Konzept der Arbeit in Zukunft ein weniger statisches Konzept sein wird, sondern die Gestalt eines Schirms annehmen wird, unter dem Aufgaben auf verschiedene Art wahrgenommen und auch unterschiedliche Rechtskonstruktionen gewählt werden.

Heutzutage werden die Folgen der eingetretenen Veränderungen nicht mehr durch das Arbeitsrecht abgedeckt, was zunehmende prekäre Arbeitsbedingungen, ein erhöhtes Risiko von Missbrauch und ein potenzielles Hindernis für die Verbesserung von Qualifikationen verursacht. Es ist zudem schwieriger geworden, gemeinsame Ansätze auszuarbeiten und Kompromisse durch traditionelle Strukturen wie z. B. politische Parteien und Sozialpartner auszuhandeln, was dazu geführt hat, dass die Entwicklung von Tarifverhandlungen, Dialogen und Absprachen ebenfalls schwieriger geworden ist.

Die Entwicklung in den europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften hat dazu geführt, dass sich die Beschäftigung tendenziell immer weiter polarisiert. Der Anteil der Erwerbspersonen mit einer Beschäftigung in den mittleren Gehaltsklassen und mit einem durchschnittlichen Qualifikationsniveau ist zurückgegangen. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Arbeitnehmer, die nicht routinemäßige Aufgaben ausführen, deutlich gestiegen, was bedeutet, dass die Beschäftigung an beiden Enden der Skala der beruflichen Qualifikation zugenommen hat, während sie auf der mittleren Ebene abgenommen hat. Diese Entwicklung, die mit einer zunehmend ungleichen Einkommensverteilung einhergeht, ist eine der Ursachen für die Schwächung des Mittelstands.

Wir stehen vor einer Situation, in der die europäische Sozialpolitik ehrgeiziger sein und über einen demonstrativen Egalitarismus hinausgehen muss, der zu einer Erhöhung der Subventionen führt, aber nur sehr wenig dazu beiträgt, die Ungleichheit zu beseitigen.

Entscheidend ist, dass im Rahmen der Beschäftigungspolitik der Schwerpunkt auf der Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen gelegt wird, da dies der optimale Weg ist, soziale Ungleichheiten zu bekämpfen und die Rolle des Mittelstands zu stärken.

Mein Fazit lautet: Ohne einen starken Mittelstand wird Europa nicht in der Lage sein, die Ausbreitung des Populismus zu bekämpfen, und die Seele des europäischen Aufbauwerks wird erschlaffen.

José A. da Silva Peneda

WELTWEITER WETTBEWERB UND DIE EU

Das 20. Jahrhundert ist ein sehr interessantes Jahrhundert, in dem zwischen Zeiträumen der Öffnung der Volkswirtschaften eine Periode von ausgeprägtem Protektionismus liegt; dabei wurden in den Zeiträumen der Öffnung deutlich günstigere Ergebnisse erzielt.

Ausgehend vom 19. Jahrhundert mit einer allgemeinen Praxis der Öffnung der Volkswirtschaften wurde beispielsweise zwischen 1870 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs weltweit ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 3,40 % (3,24 % in Westeuropa) verzeichnet. Zwischen den beiden Weltkriegen folgte eine Zeit starken Nationalismus und Protektionismus, wobei deutlich schlechtere Ergebnisse und weltweit ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1,85 % (1,19 % in Westeuropa) erzielt wurden.

Es ist daher durchaus verständlich (auch aus politischen Gründen zur Vermeidung neuer Konflikte), dass die Organe eingerichtet wurden, die die Öffnung der Volkswirtschaften sowohl auf globaler als auch auf europäischer Ebene gefördert haben: Die Ergebnisse waren äußerst erfreulich: Weltweit wurde ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 4,91 % verzeichnet (4,81 % in Westeuropa, wo die Ausfuhren im Durchschnitt um 8,38 % zunahmen). Ab 1973, als die Ölkrise auftrat, kam es zu Verlangsamungen, das Wachstum der Volkswirtschaften setzte sich jedoch im Allgemeinen fort (mit Ausnahme der Krisenzeit, die im Jahr 2008 begann).

Allerdings leben wir heute in einer Welt, die sich von der Welt der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen neuer Mächte deutlich unterscheidet. Nach der Vorherrschaft von drei „Wirtschaftsmächten“ (einer „Triade“) – den Vereinigten Staaten, Europa und Japan – ist seit drei Jahrzehnten ein enormes Wachstum in anderen Ländern, nämlich in China und Indien, zu verzeichnen.

Angesichts der Konkurrenz durch diese und andere Länder, die in denselben Branchen zunehmend miteinander im Wettbewerb stehen, kann man die Ängste von Ländern wie den Vereinigten Staaten und europäischen Ländern nachvollziehen, die höhere Löhne aufweisen und über ein besonders anspruchsvolles Sozialmodell verfügen. Man hätte meinen können, dass die Lösung in der Praxis des Protektionismus liege.

Dies ist jedoch nicht der Standpunkt der Europäischen Union, die sich (mit Ausnahme des Protektionismus der GAP, der derzeit jedoch abgeschwächt wird) weiterhin für eine Öffnung der Volkswirtschaften mit einem durchschnittlichen Zollsatz von 3,6 % und einem Anteil von 40 % zollfrei eingeführten Erzeugnissen einsetzt. Dieser Standpunkt wird in ihren strategischen Dokumenten nachdrücklich hervorgehoben, beispielsweise in der Strategie Europa 2020, in der betont wird, dass „[d]as Wachstum der Weltwirtschaft [...] den exportorientierten Unternehmen [...] neue Chancen eröffnen und einen Zugang zu wichtigen Einfuhren zu wettbewerbsfähigen Bedingungen gewährleisten“ wird.

Verbraucher und Unternehmer, die Nutzer eingeführter Erzeugnisse sind, werden also nicht durch höhere Preise beeinträchtigt; man setzt auf die Stärkung der Wettbewerbsbedingungen, wobei das Euro-Währungsgebiet mit 19 Ländern, die dieselbe Währung verwenden, einen großen Vorteil bietet.

Mit dieser Strategie wurde festgestellt, dass Europa wettbewerbsfähig ist: Im Euro-Währungsgebiet wurde im Jahr 2018 ein Leistungsbilanzüberschuss von 423 477 Mio. USD – der eindeutig weltweit größte Überschuss – erzielt. Seit 2013 sind die Überschüsse im Euro-Währungsgebiet viel höher als beispielsweise die Überschüsse Chinas. Das ist ein Ergebnis, das wir natürlich begrüßen, das aber auch in globaler Hinsicht erstrebenswert ist; es zeigt, dass man mit einem politischen und sozialen Modell wie unserem auch wettbewerbsfähig sein kann.

Das Wachstum neuer Mächte ist nicht nur für ihre Einwohner, sondern auch für uns von Vorteil; denn dadurch wird verhindert, dass Einwanderer herkommen, deren Integration in einigen Fällen nicht einfach ist, und es werden mehr Marktchancen eröffnet. Dies wird auch in der Strategie Europa 2020 hervorgehoben, in der festgestellt wird, dass in den Schwellenländern die „aufstrebende[n] Mittelschichten Waren und Dienstleistungen einführen, bei denen die Europäische Union über komparative Vorteile verfügt“.

Manuel Porto

DAS CORONAVIRUS ZEIGT DIE GRENZEN DER LAISSEZ-FAIRE-WIRTSCHAFT AUF

Selten hat ein Ereignis die Grenzen und Defizite der neoliberalen Laissez-Faire-Wirtschaft so deutlich aufgezeigt wie derzeit die Coronavirus-Krise. In Schweden, einem der reichsten Länder der Welt und einem Land mit verhältnismäßig vielen sehr leistungsfähigen und stabilen, weltweit tätigen Unternehmen, ist die rot-grüne Regierung gezwungen, Unmengen von Geld in die Hand zu nehmen, um die Auswirkungen der Krise auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abzufedern und die Unternehmen so lange über Wasser zu halten, bis die Krise – hoffentlich – eines Tages überwunden ist. Dass all diese Unternehmen mit ihren enormen Gewinnen stark genug sein könnten, ein paar Monate der Krise zu überstehen, ist für die Ideologen des neoliberalen Risikokapitalismus offenbar ziemlich undenkbar.

Als der grüne Finanzmarktminister, Per Bolund (Umweltpartei), die Unternehmen in der Wirtschaftszeitung Dagens Industri (16. April 2020) aufforderte, ihre Hausaufgaben zu machen und Puffer für Krisen zu schaffen, wurde er von zahlreichen Vertretern aus Wirtschaft und Industrie sowie von konservativen Politikern scharf kritisiert, die ihm unter anderem vorhielten, keine Ahnung davon zu haben, wie Unternehmen funktionieren. Vielleicht hat er tatsächlich unterschätzt, wie groß die kurzsichtige Profitgier des vorherrschenden Finanzkapitalismus ist, der sich grundlegend von dem verantwortungsbewussten industriellen Kapitalismus unterscheidet, der dafür gesorgt hat, dass sich Schweden – Ende des 19. Jahrhunderts noch das Armenhaus Europas – hundert Jahre später in einen wohlhabenden und vielfach beneideten Wohlfahrtsstaat verwandelt hatte. Der Druck wurde so stark, dass Bolund gezwungen war, seine Worte zurückzunehmen (was ihm vermutlich von einem beunruhigten Ministerpräsidenten, Stefan Löfven, aufgetragen wurde, der trotz seiner Rolle als Vorsitzender der Sozialdemokraten und damit einer offiziell als „Arbeiterpartei“ bezeichneten Partei, leider nicht den Mut hat, sich mit der Wirtschaft anzulegen).

Wie ist es so weit gekommen? Wie konnte sich ein stabiler und zuverlässiger industrieller Kapitalismus zu einer extremen Form des kurzsichtigen Finanzkapitalismus entwickeln? Eine Erklärung hierfür lieferte kürzlich Göran Therborn, ein schwedischer Professor für Soziologie in Cambridge, im Buch „Capital, the rulers and all the rest of us“ (2018). Darin zeigt er, dass es bei der Entwicklung Schwedens im Jahr 1980 einen drastischen Kurswechsel gab. Nach fast zwei Jahrhunderten der Demokratisierung, des sozio-ökonomischen Ausgleichs und der Entwicklung eines von der Regierung verwalteten Wohlfahrtsstaats begann in diesem Jahr das, was Therborn als neoliberale Gegenreformation bezeichnet, mit Deregulierung, Privatisierung, und Profitinteressen als treibende Kraft, – auch im Gesundheitswesen und in den Schulen –, was dazu führte, dass es in Schweden heute mehr Ungleichgewichte gibt als in weiten Teilen der EU und ähnliche Ungleichheiten herrschen wie in den USA.

In einer solchen Gesellschaft ist es natürlich auch nicht möglich, grüne Politik zu machen. Therborn betont, dass es weder einen grundlegenden Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat gibt noch der Markt eine grüne Wirtschaft unmöglich macht. Allerdings müssen für den Markt Gesetze und Vorschriften gelten, die die Art von Auswüchsen verhindern, die Schweden (und in unterschiedlichem Maße die gesamte EU) derzeit prägen. Damit Wohlfahrt/Umweltschutz und Markt nebeneinander bestehen können, dürfen für die Unternehmer zudem nicht nur Gewinninteressen im Vordergrund stehen, sondern müssen sie sich auch von den Idealen Gleichheit und Lebensqualität der Menschen insgesamt leiten lassen. Mehr braucht es nicht!

Daher ist eine grüne Marktwirtschaft, die nach der Coronavirus-Krise entstehen muss, in Wirklichkeit nur eine grüne Variante der sozialen Marktwirtschaft, die Schweden – und viele andere EU-Länder – im 20. Jahrhundert in Wohlfahrtsstaaten verwandelt hat. Neben einem rechtlichen Rahmen und gewissen moralischen Grundsätzen der Entscheidungsträger in den Unternehmen, bedarf es einer Zusammenarbeit zwischen Kapital- und Umweltbewegungen nach dem Vorbild des 1938 unterzeichneten Saltsjöbaden-Abkommens zwischen dem schwedischen Gewerkschaftsbund und dem schwedischen Arbeitgeberverband, mit dem eine solide Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit begründet wurde und das dafür gesorgt hat, dass es in Schweden mehrere Jahrzehnte lang keine Konflikte auf dem Arbeitsmarkt gab.

Wenn die richtigen Schlussfolgerungen aus der Coronavirus-Krise gezogen werden, könnte dies den Weg für eine „Ökologisierung“ der Marktwirtschaften in der gesamten EU ebnen. Das stark gestiegene Bewusstsein für die Klimakrise, das sich vor dem Ausbruch der Pandemie entwickelt hatte, ist nach wie vor da: es ist angesichts der vom Coronavirus ausgehenden akuten Gefahr für die Menschen nur vorübergehend in den Hintergrund gerückt. Derzeit rückt die enorme Abhängigkeit der Unternehmen vom Staat ins Blickfeld. Eines Tages werden sie dies zurückzahlen müssen!

Per Gahrton

«EU MITTEL FÜR ERASMUS UND DAS PROGRAMM JEAN MONNET»

Die **Jean-Monnet-Aktivitäten** bieten die Möglichkeit, weltweit auf dem Gebiet der Studien zur Europäischen Union zu lehren und zu forschen. Je nach Aktivität steht das Programm Hochschuleinrichtungen oder anderen Organisationen bzw. Vereinigungen von Professoren und Forschern offen, die sich, wo auch immer in der Welt, auf Europastudien spezialisiert haben.

Vor über 30 Jahren startete die Europäische Kommission 1989 die Aktion Jean Monnet zur Unterstützung der akademischen Forschung im Bereich der europäischen Integration. Das Programm richtete sich ursprünglich an Akademiker in den Mitgliedstaaten, wurde aber bald darauf auch auf die Beitrittsländer ausgedehnt. Dies war ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Ländern, die sich auf die Mitgliedschaft in der EU vorbereiteten.

Heute hat die Aktion Jean Monnet eine globale Reichweite. Auch wenn es sich in vielerlei Hinsicht um eine Nischantätigkeit handelt, werden die Jean-Monnet-Aktivitäten dennoch immer wieder als eines der erfolgreichsten Beispiele der Unterstützung durch die Europäische Union gepriesen.

Seit Beginn des Programms Erasmus+ (2014-2020) werden durch die Jean-Monnet-Aktivitäten die Teilnahme junger Forscher und die Aufnahme EU-bezogener Themen in die Lehrpläne gefördert. Dies trägt einem tatsächlichen Bedarf vorseiten der

Hochschulabsolventen Rechnung und stärkt ein aktives europäisches bürgerschaftliches Engagement. Zum ersten Mal wird in der Beschreibung der Jean-Monnet-Aktivitäten nun ausdrücklich die „Förderung des Dialogs zwischen der akademischen Welt und politischen Entscheidungsträgern, insbesondere mit dem Ziel, die Gestaltung der EU-Politik zu verbessern“ erwähnt. Bei einigen der Jean-Monnet-Projekte wurde der Dienst für die jeweilige lokale Gemeinschaft zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Ein Beispiel dafür ist eine Universität, die durch die jahrzehntelange Forschungsarbeit der Wissenschaftler zu EU-Fragen eine wichtige Informationsquelle in diesem Bereich geworden ist und die entsprechende Programme für den Gemeinderat, für nichtstaatliche Organisationen und für Juristen geschaffen hat.

Mit Jean-Monnet-Aktivitäten werden auch eine „aktive Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit“ gefördert, die „das Wissen über die Europäische Union einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht und die EU über den akademischen Bereich und das Fachpublikum hinaus der Gesellschaft näher bringt“. Einige der Jean-Monnet-Projekte spiegeln die Notwendigkeit wider, das Wissen über EU-Themen einem größeren Publikum und jungen Menschen in der Gesellschaft näher zu bringen. In verschiedenen Jean-Monnet-Projekten haben Professoren und Dozenten das Lehrpersonal und die Lernenden unterschiedlicher Bildungsebenen, wie der von Grund- und Sekundarschulen, in den Mittelpunkt ihrer akademischen Betrachtung gestellt. Ein Beispiel dafür ist ein Projekt, bei dem Lehrmaterial für Lehrer zur Verwendung in relevanten Grundschulfächern wie Umwelt, Geschichte und Erdkunde erstellt wurde. Das Projekt richtete sich an derzeitige und künftige Grundschullehrer, aber letztendlich auch an Schüler, die von den Ergebnissen und Aktivitäten des Projekts profitieren. Durch neues und innovatives Lehrmaterial konnten Informationen weiter als bisher verbreitet werden.

Jean-Monnet-Aktivitäten im nächsten Erasmus+-Programm ab 2021

Für das nächste Erasmus+ Programm ab 2021, das die Aktion Jean Monnet beinhaltet, liegen noch keine detaillierten Informationen vor, da das Programm noch in Vorbereitung ist und derzeit mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament erörtert wird. Es ist jedoch bereits bekannt, dass sich die künftige Jean-Monnet-Aktion auf zwei Hauptbereiche konzentrieren wird. Zum einen geht es um die Fortführung von Lehre, Forschung und politikrelevanter Debatte im Bereich der weltweiten Studien zur Europäischen Union, zum anderen wird der Schwerpunkt auf der Einbeziehung einer größeren Öffentlichkeit, einschließlich anderer Bildungsebenen, liegen.

Jean-Monnet-Aktivitäten in Zahlen*:

300 000 Studenten pro Jahr

9 000 Hochschuldozenten pro Jahr

1 000 unterstützte Hochschulen pro Jahr

5 000 bislang finanzierte Projekte

Gesamtetat 2019: 48,5 Mio. EUR

*Quelle: https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/jean-monnet-activities-30-years-excellence-eu-studies_de

Weitere Informationen zum aktuellen Programm Erasmus+ und den Jean-Monnet-Aktivitäten erhalten Sie über die Website der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA): https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/aktionen/jean-monnet_de

Edith Genser, EACEA

AKTIVITÄTEN DER VEM

ZUSAMMENARBEIT MIT EUROPÄISCHEN POLITISCHEN STIFTUNGEN

Die Europäischen Politischen Stiftungen sind Einrichtungen, die in hohem Maße zur Bildung eines europäischen Gewissens beitragen und somit eine sehr wichtige Rolle im Integrationsprozess der Union spielen. Durch die Organisation, Seminare, Ausbildungsaktivitäten, Konferenzen und Studien tragen sie zur Debatte über relevante Aspekte der Europapolitik bei. Ihre Aktivitäten werden häufig in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Organisationen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft durchgeführt, um die Demokratie zu fördern.

Die Europäischen Politischen Stiftungen wurden erstmals in der Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 rechtlich anerkannt, was wiederum einen großen Fortschritt im Prozess der Entwicklung transnationaler Föderationen darstellte, die bis dahin keinen rechtlichen Bezugsrahmen hatten. Einmal mehr war die Anerkennung dieser neuen Akteure auf der europäischen politischen Bühne also der Institution zu verdanken, die bereits am meisten zur Entwicklung des europäischen Parteiensystems beigetragen hatte: dem Europäischen Parlament.

Aber die Verbindung zwischen den Europäischen Politischen Stiftungen und dem Europäischen Parlament geht nicht nur auf ihre Gründung zurück. Seit 2017 und als Voraussetzung für jedes andere Verfahren müssen die Europäischen Politischen Stiftungen gemäß den in der Verordnung Nr. 1141/2014 des Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 festgelegten Anforderungen und Verfahren bei der Behörde registriert sein; diese auf Ad-hoc-Basis geschaffene, neutrale und überparteiliche Behörde ist für die Registrierung und ihre Kontrolle zuständig und hat ihren Sitz im Europäischen Parlament. Die Liste der eingetragenen europäischen politischen Stiftungen wird auch auf der Website des Europäischen Parlaments veröffentlicht, und es ist dieses Parlament, das über seinen Haushalt die finanzielle Unterstützung für diese Stiftungen festlegt.

Es erscheint daher sehr kohärent, dass eine Vereinigung wie die unsere, die aus ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments besteht und als solche sehr eng mit dem Europäischen Parlament verbunden ist, zu dessen Zielen auch ein Beitrag zur europäischen Einheit und die Stärkung der parlamentarischen Demokratie durch die Organisation von Seminaren, Debatten und kulturellen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen gehört, eine stabile Zusammenarbeit mit den europäischen politischen Stiftungen aufbaut.

Wir sind überzeugt, dass diese Beziehung, die nach und nach, beginnend mit den repräsentativsten Stiftungen, aufgebaut würde, für beide Seiten von großem Nutzen sein wird. Die Arbeit mit unserer Vereinigung könnte, zusätzlich zur Stärkung der bereits engen Verbindung zwischen den Europäischen Politischen Stiftungen und dem Europäischen Parlament, dazu beitragen, die hervorragende Arbeit der Europäischen Politischen

Stiftungen, die immer noch nicht ausreichend bekannt ist, nicht nur für die öffentliche Meinung und die europäischen Bürger, sondern auch für unsere akademische und wissenschaftliche Welt sichtbar zu machen. Andererseits könnten die europäischen politischen Stiftungen die enorme Erfahrung der Mitglieder unserer Vereinigung in europäischen Fragen besser nutzen und sich intensiver an den von ihnen organisierten Aktivitäten beteiligen.

Da der Weg zu Fuß zurückgelegt wird, können wir bei dem Seminar, das unserer nächsten Jahresversammlung vorausgehen wird, auf die Anwesenheit und Teilnahme von Vertretern verschiedener europäischer politischer Stiftungen zählen, die in diesem Moment aktiv sind. Das für die Debatte gewählte Thema ist die "Zukunft Europas", und so werden wir aus erster Hand erfahren können, welche Initiativen von Seiten dieser wichtigen Akteure ergriffen werden, um zu dieser Debatte beizutragen. Wir zählen auf Ihre Teilnahme. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Teresa Riera Madurell

EUROPAUNTERRICHT FÜR SCHÜLER WEITERFÜHRENDER SCHULEN IN FLORENZ

Es ist stets ermutigend, junge Menschen zu treffen, die sich für europäische Angelegenheiten interessieren. Das Historische Archiv der Europäischen Union (HAEU) mit Sitz in Florenz (Italien) organisiert neben seinen wissenschaftlichen Aktivitäten und seiner Forschungstätigkeit häufig spezielle Bildungsprogramme für Schüler weiterführender Schulen („Gymnasien“).

In der Regel nimmt eine Schulklasse pro Sitzung teil, in der Experten des Archivs den Unterricht erteilen und Fragen von Schülern und Lehrern beantworten. Manchmal werden ehemalige MdEP eingeladen, eine Sitzung abzuhalten; am 18. und 19. Februar 2020 hatte ich die Ehre. Am ersten Tag hatte ich mit zwei Klassen, am zweiten Tag mit einer weiteren Klasse zu tun.

Nachdem ich mich vorgestellt hatte, sprach ich über die Erfahrungen während meiner Arbeit im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission. Ich sprach auch über Stipendien und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen in den verschiedenen europäischen Institutionen – dafür interessieren sich junge Schüler meiner Erfahrung nach immer. Allerdings sollte immer betont werden, dass junge Menschen im Allgemeinen erst ihr Hochschulstudium abschließen müssen, bevor sie sich für eine Stelle oder ein Stipendium in der EU bewerben können. In jeder Sitzung wurden viele Fragen gestellt. Die meisten Schüler stellten ihre Fragen auf Englisch, manche auf Italienisch. Es zeigte sich, dass diejenigen, die ihre Fragen auf Italienisch gestellt hatten, durchaus auch meine Antworten auf Englisch verstanden. Man sagte mir, dass einige Schüler auch fließend französisch sprachen.

Da ich aus Ungarn komme, wurden mir auch einige recht pointierte Fragen zu Viktor Orbán und seiner Freundschaft mit Matteo Salvini gestellt. Weder ich noch die Schüler (zumindest

diejenigen, die sich äußerten) teilten die Ansichten dieser Politiker. Wir waren uns alle einig, dass Europa demokratischer und geeinter sein sollte. Daran anknüpfend sagte ich, dass wir unsere gemeinsamen europäischen Werte stärken müssen, hob jedoch hervor, dass wir auf unser nationales Erbe, unsere Kultur und unsere Muttersprache stolz sein sollten. Ich wurde gefragt, wie viele Assistenten und Praktikanten während meiner Jahre im Parlament mit mir gearbeitet haben und wie sie eingestellt wurden. Dieses Thema kommt immer zur Sprache, wenn ich mit Schülern zusammentreffe.

Ich sprach auch mit den Lehrern der Schüler und erfuhr dabei, dass diese Bildungsprogramme des HAEU sehr nützlich sind. Der wunderschöne Standort des HAEU in der berühmten Villa Salviati in der Via Bolognese ist ein beeindruckender Veranstaltungsort für solche Programme. Nach Abschluss meiner Sitzungen bekamen wir alle eine Führung durch das umfangreiche Archiv und nahmen an einer zusätzlichen Sitzung teil, die von einem der Führer abgehalten wurde. Das HAEU leistet mit diesen informellen, jedoch gleichzeitig seriösen und wertvollen Bildungsprogrammen eine ausgezeichnete Arbeit.

Am zweiten Tag wurde ich ferner zu einem Besuch im nahe gelegenen Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Fiesole eingeladen. Im Rahmen der Debatte „Gedanken über Europa“ hielt ich einen kurzen Vortrag über „Die EU in einer kritischen Phase - aus ungarischer Sicht“. Nach meinem Vortrag hatten wir eine gute Diskussion mit Experten und Forschern des EHI. Einige von ihnen hatten bereits die Lage in Ungarn und die von den demokratiefeindlichen Tendenzen der Regierung Orbán ausgehenden Gefahren untersucht. Ich versuchte, ein ausgewogenes Bild der Lage zu vermitteln, und wies erneut auf die Verantwortung der europäischen Institutionen und der Europäischen Volkspartei hin. So erhalten beispielsweise die unabhängigen ungarischen Medien keinerlei Hilfe von der EU, während die von der Regierung kontrollierten Medien in erheblichem Maße vom Staat unterstützt werden.

Ich verließ Italien kurz vor Ausbruch der Pandemie. Ich möchte allen, die ich während meines Besuchs in Florenz getroffen habe, mein Mitgefühl und meine Solidarität bekunden.

Gyula Hegyi

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ WIRD UNSER LEBEN PRÄGEN

Vor dreißig Jahren war die Küstenstadt Tallinn durch einen Zaun abgeschottet, der die Bewohner daran hinderte, dem Sowjetregime zu entfliehen. Heute werden Zentrum und Universität der Stadt von Studierenden aus zahlreichen europäischen Ländern bevölkert, die für eine lebendige Atmosphäre sorgen und in Tallinn auf neue Chance hoffen.

Estland wurde zum Weltmeister der Digitalisierung erklärt. Es ist auch das Heimatland des Erfinders von Skype.

Ich wurde gebeten, im Rahmen einer Konferenz, die am 12. und 13. Februar an der Technischen Universität von Tallinn stattfand, einen Vortrag zu künstlicher Intelligenz (KI) aus

Sicht der EU zu halten. Ich forderte die Studierenden mit Fragen heraus, zu denen sie nach meiner Präsentation ihre eigenen Überlegungen vorbrachten. Anschließend erörterten wir in einer Diskussionsrunde zusammen mit den Lehrkräften unsere Ergebnisse.

Wie kann KI das Leben der Menschen verbessern und welche Ängste ruft sie hervor?

Wie viele EU-Verordnungen zu KI gibt es?

Wo können wir praktische Beispiele zu KI finden?

KI wirkt sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auch auf gesellschaftlicher, kultureller und ethischer Ebene aus. Daten haben sich zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor entwickelt. Sie sind die Grundlage für Algorithmen und KI. Unternehmen wie Google, Amazon, Facebook und Twitter besitzen Daten und werden die Zukunft prägen.

KI nutzt maschinelle Lernprozesse, die auf Algorithmen basieren, die umfangreiche Datenbestände nutzen: Websites, die wir besucht haben, unsere Genetik, in der Vergangenheit getätigte Käufe, unser Verhalten usw.. Algorithmen werden künftig immer häufiger zur fundierten Entscheidungsfindung in den Bereichen Politik, Medizin, Bankwesen, Verkehr usw. eingesetzt werden. Vor allem aber müssen wir das Bewusstsein und die Akzeptanz der Öffentlichkeit für diese neue Technologie aufbauen.

In einer digitalen Wirklichkeit müssen wir unser Denken neu erfinden und die positiven Auswirkungen der KI auf unser tägliches Leben entdecken. KI würde das Leben einfacher machen, zur Lösung von Gesundheitsproblemen wie Krebs beitragen, medizinische Fachkräfte bei der Planung der Behandlung von Krankheiten unterstützen, uns auf unseren Reisen helfen (Google Maps, Tripadvisor usw.) und Roboter in der Altenpflege antreiben.

Negative Auswirkungen wären Fake News, Arbeitslosigkeit, Cyberangriffe und ein eingeschränkter Datenschutz.

Ein digitales Europa ist eine der fünf Prioritäten der EU für die kommenden fünf Jahre. Zur Steuerung intelligenter Maschinen sind intelligente Maßnahmen erforderlich. Die Europäische Kommission hat Weißbücher zur KI erarbeitet, die die Grundlage für weitere Regelungen bilden werden. Das Europäische Parlament hat zahlreiche Entschlüsse zur verantwortungsvollen Entwicklung und Nutzung von KI angenommen.

Derzeit wird KI auf ganz praktische Art und Weise zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie eingesetzt.

Von High-Tech-Unternehmen entwickelte Plattformen zum Gesundheitsmonitoring können die Verbreitung des Coronavirus überwachen und Berichte über die Auswirkungen erstellen. Diese Plattformen speisen sich aus globalen Flugticketdaten, Websites der medizinischen Fachwelt und Posts in den sozialen Medien zu Symptomen wie Fieber oder Atemprobleme.

KI wird auch in den US-Wahlen eingesetzt, wo neue Wahlkampftechnologie zeigt, wie sich die Republikaner gegenüber den Demokraten schlagen. Die Kandidaten haben Millionen von US-Dollar in Facebook- und Google-Kampagnen investiert. Mithilfe von Algorithmen und maschinellem Lernen werden bestimmte Wähler über die sozialen Medien gezielt angesprochen.

KI wird politische Entscheidungen beeinflussen und unser Leben prägen. Aber es gibt keine bessere Alternative. Es ist wie bei der Demokratie. Sie ist nicht gut genug, aber besser als alle anderen Systeme wie Kommunismus und Faschismus.

Zofija Mazej Kukovič

PANDEMIE IN EUROPA: EINE GELEGENHEIT FÜR EINEN INNOVATIVEN UND UNIVERSELLEN EINSATZ VON FERNUNTERRICHT

Wir konnten weder damit rechnen, noch konnten wir diese Situation voraussehen, und es blieb auch keine Zeit für weiche Übergänge: Die rasche Ausbreitung des Covid-19-Virus in Europa zeigt, vor welchen Herausforderungen der Fernunterricht (ich beziehe mich hier auf den Hochschulunterricht) im 21. Jahrhundert steht. Dabei handelt es sich – machen wir uns nichts vor – um die Herausforderungen der Bildung im weitesten Sinne. In meinem bescheidenen Beitrag gebe ich einen Überblick über diese Herausforderungen im Hinblick auf Innovation, Humanisierung und Learning-by-doing.

Meine Anerkennung und Bewunderung gilt den vielen, vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich von Strathclyde bis Padua und von Maastricht bis Bilbao von heute auf morgen mit den technischen Möglichkeiten des E-Learnings vertraut gemacht haben. Das sind dieselben Lehrkräfte, die gestern noch anstelle von PowerPoint mit einer Tafel und Fotokopien unterrichtet haben. Sie wachten einfach eines Tages auf und stellten sich der schwierigen Aufgabe, über den Bildschirm Kontakt zu den Studierenden zu halten, und sie überwand die Hemmschwelle, sich selbst und ihre Heimbüros den Studierenden zu offenbaren. Schritt für Schritt lernten sie, wie man eine Vorlesung in Zoom oder Meet organisiert, wie man Grundbegriffe mittels Computergrafik oder Podcast erklärt und wie man Online-Prüfungen vorbereitet, stets in dem Wissen, dass die Studierenden ihre Notizen und Abhandlungen vor sich haben und WhatsApp nutzen können. Die Tatsache, dass Präsenzunterricht nicht möglich ist, hat uns die Tür zu unzähligen Webinaren geöffnet. Die Studierenden erhalten jetzt von ihren Schlafräumen aus Zugang zu Vorträgen mit Experten, die vorher finanziell nicht machbar gewesen wären.

Abgesehen von der technologischen Spitze des Eisbergs verlangt das Unterrichten im Notstand von uns, dass wir uns auf die wesentlichen Aspekte konzentrieren, die wir unseren Studenten vermitteln müssen: Kompetenzen und Wissen. All das mit dem Ziel, Fachkräfte heranzubilden, die in einem Europa, das nie mehr dasselbe sein wird, benötigt werden. Das ist die eigentliche Innovation, die die Pandemie den Universitäten, Lehrkräften und Studierenden abverlangt. Dieses Paradigma hat die transversalen Kompetenzen, die früher „wünschenswert“ waren und die nicht aus einem Lehrbuch oder einem Selbsthilfebuch erlernt werden, „unentbehrlich“ gemacht: Wissbegierde, die Fähigkeit, alltägliche Probleme zu lösen und sich an ein Arbeiten unter suboptimalen Bedingungen anzupassen, das Bestreben, sich persönlich weiterzuentwickeln, Resilienz.

Bildung verallgemeinern. Ebenso wie wir Lehrkräfte den Studierenden unsere Türen geöffnet haben, haben auch sie ihre Türen für uns geöffnet. In der Cloud werden Probleme deutlich,

die in der Vorlesung nicht sichtbar waren. Haushalte, in denen es nicht für alle Mitglieder Laptops gibt. Haushalte ohne Breitband-Internet. Haushalte voller Unsicherheit. Haushalte ohne Frieden. Haushalte in entfernten Zeitzonen. Die Ungleichheiten, die mit der Pandemie zum Vorschein gekommen sind, schmerzen zutiefst. Wenn es um Chancengleichheit geht, stehen die Universitäten plötzlich nicht mehr vor der moralischen Herausforderung, ihre Zugangstore für alle geöffnet zu halten, denn die größte Hürde erwartet sie jetzt am Ausgangstor. Es geht darum, Verhältnisse zu schaffen, in denen der Lernprozess an die Situation eines jeden einzelnen Studierenden angepasst ist, damit dieser seine beruflichen Ziele bis zum Ende verfolgen kann, unabhängig von seiner Ausgangssituation oder der Umstände, unter denen er während des Lockdowns lebt. Eine existenzielle Herausforderung.

María Luisa Sánchez Barrueco

Professorin für EU-Recht und Verantwortliche für Online-Lehre an der Juristischen Fakultät der Universität Deusto (Spanien). Koordinatorin des Jean-Monnet-Moduls SAPIA (Students' Awareness of Public Integrity and Accountability) (2017-2020).